Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2980**
15. Wahlperiode 28. 04. 2004

Antrag

der Abgeordneten Brunhilde Irber, Annette Faße, Renate Gradistanac, Bettina Hagedorn, Gabriele Hiller-Ohm, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Jann-Peter Janssen, Ute Kumpf, Dr. Christine Lucyga, Tobias Marhold, Lothar Mark, Heinz Paula, Siegfried Scheffler, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelica Schwall-Düren, Ludwig Stiegler, Engelbert Wistuba, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Rainder Steenblock, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, Franziska Eichstädt-Bohlig, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Michaele Hustedt, Dr. Reinhard Loske, Friedrich Ostendorff, Albert Schmidt (Ingolstadt), Ursula Sowa, Antje Vogel-Sperl, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Chancen und Potenziale des Deutschlandtourismus in der erweiterten Europäischen Union konsequent nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Mai 2004 werden zehn europäische Staaten der Europäischen Union beitreten. Damit steht Europa einer der bedeutendsten Schritte in seiner Geschichte bevor. Die Erweiterung der Europäischen Union erfüllt die Hoffnung auf eine Übertragung ihres Erfolgsmodells mit seinen Werten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten auf die mittel- und osteuropäischen Länder. Es eröffnet sich die Chance, Frieden und Freiheit, Sicherheit und politische Stabilität damit dauerhaft zu garantieren.

Mit der Erweiterung wird die künstliche Spaltung Europas überwunden. Die mittel- und osteuropäischen Länder als Kernländer des historischen Europas erhalten endlich die Chance, am Projekt der europäischen Integration teilzunehmen.

Mit dem Beitritt der Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn sowie den Mittelmeerinseln Malta und Zypern wird die Europäische Union auf 25 Mitgliedsstaaten anwachsen, die Bevölkerung wird damit um 20 Prozent von etwa 375 auf über 450 Millionen Einwohner anwachsen. Das Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Beitrittsstaaten wird in Zukunft jährlich voraussichtlich um drei bis sechs Prozent ansteigen. Die wirtschaftlichen Wachstumsimpulse werden auch dem europäischen Tourismus zugute kommen. Europa wird größer und das Reisen einfacher. Die sich daraus ergebenden Chancen müssen nun konsequent genutzt werden.

Europa ist die am meisten besuchte Tourismusregion der Welt und hat die größte Tourismusdichte. Der Tourismus bietet eine große Chance, die kulturelle und wirtschaftliche Integration innerhalb Europas zu unterstützen, aber auch die europäische Kultur weiterzuentwickeln.

Insbesondere Deutschland wird durch die Erweiterung aus der Grenzlage der Europäischen Union in deren Mitte rücken. Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sind bereits heute ein bedeutender Herkunftsmarkt für den Deutschlandtourismus. Mit der zu erwartenden Stärkung der Kaufkraft der neuen EU-Länder und der gewährleisteten Freizügigkeit der Personen kann sich diese positive Entwicklung fortsetzen.

Bereits im Jahr 2003 verzeichneten die mittel- und osteuropäischen Staaten laut European Travel Monitor ein Gesamtvolumen von 39,7 Millionen Auslandsreisen. Davon entfielen etwa 6,1 Millionen Reisen auf Deutschland. Das bedeutete einen Gesamtumsatz von 2,7 Mrd. Euro für den Deutschland-Incomingtourismus. Die drei für Deutschland wichtigsten osteuropäischen Quellmärkte unter den Beitrittsstaaten sind heute Polen mit 2,8 Millionen Reisen, die Tschechische Republik mit 1,1 Million Reisen und Ungarn mit etwa 408 000 Reisen. In Polen ist Deutschland mit einem Marktanteil von 35 Prozent Reiseziel Nummer Eins. In den anderen Märkten hat Deutschland mit einem Marktanteil zwischen 10 und 20 Prozent sehr positive Wachstumsprognosen. Vor allem für das Segment des Geschäftsreisetourismus wird ein hohes Wachstum erwartet, da sich die Geschäftsbeziehungen in der erweiterten Union intensivieren werden und Deutschland mit seiner zentralen Lage einen erheblichen Standortvorteil für Geschäftskontakte zwischen ost- und westeuropäischen Partnern bietet. Deutschland als Messeland Nummer Eins wird hierdurch zusätzliche Impulse erhalten.

Mit steigendem Wohlstand in den Beitrittsländern wird sich auch der Urlaubstourismus positiv entwickeln. Große Chancen ergeben sich insbesondere für die dann ehemaligen Grenzregionen. Diese können aus der Randlage herauswachsen und sich zu prosperierenden Knotenpunkten entwickeln. Diese Perspektiven für die deutschen Tourismusgebiete werden sich vor allem dann erschließen, wenn man auf eine gemeinsame Erschließung und Vermarktung von grenzüberschreitenden Natur- und Kulturregionen setzt. Das begünstigt auch den Abbau unterschiedlicher Einkommensniveaus. Zur Realisierung bedeutender grenzüberschreitender Verkehrsprojekte hat der Bund im Zeitraum von 1999 bis 2007 über 4,7 Mrd. Euro an Investitionsmitteln bereitgestellt.

Da gerade die Beitrittsländer noch große Potenziale an unberührter und intakter Natur haben, sollten bei gemeinsamen, grenzüberschreitenden Tourismusprojekten die Richtlinien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) „Biodiversität und Tourismusentwicklung" in diesen Prozessen Anwendung finden.

In den Jahren 2000 bis 2006 können die Grenzregionen an den Fördermitteln der Strukturfonds sowie anderer EU-Förderprogramme in Höhe von insgesamt 16,3 Mrd. Euro partizipieren. Dazu kommen Anteile aus der „Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen", für die zusätzliche Finanzmittel in Höhe von rund 265 Mio. Euro in den fünf an die Beitrittsländer angrenzenden Mitgliedsstaaten vorgesehen sind. Die Bewältigung des Strukturwandels in den vier Grenzländern wird insbesondere mit der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" unterstützt. Hierfür wurden allein im Jahre 2002 rund 1034 Mio. Euro vom Bund und von den Ländern bereitgestellt. Darüber hinaus haben gewerbliche Unternehmen für Investitionen in den ostdeutschen Grenzregionen eine erhöhte steuerliche Förderung nach dem Investitionszulagengesetz. Die europäischen Maßnahmen gewährleisten im Zusammenwirken mit den nationalen Fördermöglichkeiten eine erfolgreiche Flankierung der EU-Osterweiterung in den deutschen Grenzregionen. Das

bietet hervorragende Ausgangsbedingungen für grenzübergreifende Tourismuskooperationsprojekte.

Bereits für 2005 rechnet die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) mit einem Anstieg der Reisen aus den acht osteuropäischen Beitrittsländern um 700 000 auf 5,6 Millionen Reisen. Die finanzielle Ausstattung der DZT durch den Bund (von 1998 bis 2003 Steigerung um über 25 Prozent), ermöglicht es der DZT, diese Märkte gut zu erschließen. Die DZT unternimmt derzeit auf der Grundlage einer kommerziellen Potenzialanalyse 2003 bis 2005 eine Vielzahl von Aktivitäten, um den Quellmarkt der Beitrittsländer erfolgreich zu bearbeiten. Bereits seit Mitte der neunziger Jahre ist die DZT mit Vertriebsagenturen in Budapest, Prag und Warschau präsent. In den vergangenen zwei Jahren wurde mit der Marktbearbeitung in der Slowakei und in Slowenien begonnen. Das DZT-Büro in Kopenhagen ist zudem seit 1999 auch in den Baltischen Staaten aktiv. Die DZT stärkt mit dieser Arbeit ganz entscheidend die heimische Tourismuswirtschaft.

Um im Wettbewerb der touristischen Regionen zu bestehen, müssen die Anbieter ihren Blick auf die eigene Leistungsfähigkeit richten. Deutsche Destinationen müssen ihr eigenes authentisches Profil stärken, spezielle Angebotsvorteile vermarkten und neue Trends zielgerichtet besetzen.

Frühzeitig muss bedacht werden, die Rahmenbedingungen für das Wachstum des europäischen Tourismus in Richtung Nachhaltigkeit zu gestalten. Das Europäische Tourismusforum 2002 der Europäischen Kommission hat sich hiermit umfassend beschäftigt. Zwei Ziele müssen im Vordergrund stehen. Zum einen sollte das Wachstum des europäischen Tourismus nicht mit einer Beeinträchtigung der Umwelt einhergehen: es muss den Ressourcenverbrauch schonend gestalten und negative Auswirkungen vermeiden oder auf ein unvermeidliches Maß reduzieren. Zum anderen muss die touristische Entwicklung in Europa auch sozial ausgewogen stattfinden. Gerade hinsichtlich einer natur- und umweltfreundlichen Entwicklung des Tourismus in den Beitrittsländern bietet Deutschland Hilfe und Unterstützung an. So führt das Bundesamt für Naturschutz in diesem Jahr gemeinsam mit dem Verein „Ökologischer Tourismus in Europa“ (ÖTE) Workshops mit Vertretern der Tourismuswirtschaft ost- und mitteleuropäischer Beitrittsländer durch, auf denen die deutsche Umweltdachmarke Viabono vorgestellt wird. Mit Ungarn ist eine Arbeitsgruppe auf Regierungsebene eingerichtet worden, die sich mit der Entwicklung und Umsetzung von Umweltqualitätskriterien im Tourismus in Anlehnung an Viabono befasst.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

– die sich mit der Erweiterung der Europäischen Union ergebenden Chancen für die kulturelle und wirtschaftliche Integration Europas;

– die umfassenden Anstrengungen der Bundesregierung zur Unterstützung der Tourismuswirtschaft bei der Nutzung der sich aus der Erweiterung der Europäischen Union ergebenden Chancen;

– die vielfältigen Maßnahmen der Europäischen Union bei der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für das nachhaltige Wachstum des europäischen Tourismus, insbesondere im Erweiterungsprozess;

– die Erarbeitung gemeinsamer Konzepte durch den Bundesgrenzschutz, die Landespolizeien von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern sowie dem Zoll, die zum Ziel haben, unter Beteiligung der Polizeien der Republik Polen und der Tschechischen Republik, die Binnengrenzkontrollen bei Aufrechterhaltung der Sicherheitsstandards schnellst möglich abzuschaffen;.

– die frühzeitigen Aktivitäten der Deutschen Zentrale für Tourismus bei der Erschließung der ost- und mitteleuropäischen Quellmärkte;
– die Unterstützung einer natur- und umweltfreundlichen Entwicklung des Tourismus in den Beitrittsländern durch das Bundesamt für Naturschutz und zahlreiche Umweltverbände.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auch weiterhin mit geeigneten Maßnahmen die deutsche Tourismuswirtschaft dabei zu unterstützen, die sich aus Erweiterung der Europäischen Union ergebenden Chancen konsequent zu nutzen;
2. sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union auch weiterhin mit geeigneten Maßnahmen die Rahmenbedingungen für das Wachstum des europäischen Tourismus in Richtung Nachhaltigkeit gestaltet;
3. sicherzustellen, dass die Deutsche Zentrale für Tourismus ihre Arbeit in den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern fortsetzen und intensivieren kann;
4. auch weiterhin den ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern Hilfe und Unterstützung bei einer natur- und umweltfreundlichen Entwicklung des Tourismus zu gewähren; hierbei sollten insbesondere die Erfahrungen mit der Umweltdachmarke Viabono vermittelt werden;
5. sich für eine rasche Umsetzung der EU-Richtlinie zur Interoperabilität des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems einzusetzen sowie den Ausbau der Schienenverkehrsinfrastrukturverbindungen in die osteuropäischen Beitrittsländer zügig voranzubringen;
6. sich dafür einzusetzen, dass in allen EU-Ländern, einschließlich der EU-Beitrittsländer, die Dienstleistungsfreiheit von Reiseleitern gewährleistet wird;
7. die Bemühungen des Europäischen Heilbäderverbandes zu unterstützen, einheitliche technische und medizinische Standards für das europäische Kurwesen zu entwickeln;
8. gegenüber den Bundesländern anzuregen, die Erweiterung der Europäischen Union zum Anlass zu nehmen, den regionalen Zuschnitt des Tourismusmarketings mit dem Ziel zu überprüfen, attraktive und wettbewerbsfähige Destinationen zu schaffen und hierbei
9. gegenüber den Bundesländern anzuregen, die Unterstützung grenzübergreifender Tourismuskooperationsprojekte sowie grenzüberschreitender Schutzgebiete (Nationalparke, Biosphärenreservate) zu intensivieren.

Berlin, den 28. April 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333